



HESSISCHER LANDTAG

15. 06. 2021

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

Entwicklung der Türkei erfordert klare Antworten: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte verteidigen – EU-Beitrittsverhandlungen endgültig beenden – politische Beziehungen neu ordnen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag zeigt sich über die seit einigen Jahren fortschreitende negative politische Entwicklung der Türkei besorgt. Unter der Präsidentschaft von Recep Tayyip Erdoğan wird die Türkei immer deutlicher zu einem autoritären Staat, in dem demokratische und rechtsstaatliche Standards sowie Menschen- und Freiheitsrechte zunehmend eingeschränkt werden. Im Zuge des Verfassungsreferendums 2017 sind dem Staatspräsidenten weitreichende Machtbefugnisse gegenüber Parlament und Justiz übertragen worden, die mit zentralen Grundprinzipien einer freiheitlichen Demokratie unvereinbar sind. Zahlreiche von der türkischen Regierung befeuerte innenpolitische Prozesse, die ein Klima der Angst und Gewalt erzeugen, sowie eine dennoch anhaltend hohe Unterstützung für die Politik Erdoğan innerhalb der Bevölkerung (53,7 % für das AKP-MHP-Bündnis „Cumhur İttifakı“ bei der Parlamentswahl 2018) zeigen deutlich, dass der Weg der Türkei in eine islamistisch-fundamentalistische Diktatur immer weiter voranschreitet.
2. Der Landtag verurteilt mit Entschiedenheit die systematische Unterdrückung und Kriminalisierung von regierungskritischen Menschen in der Türkei, welche sich mit friedlichen Mitteln für einen liberalen und demokratischen Staat, für den Schutz bürgerlicher Freiheitsrechte wie die Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit, für die Achtung der Menschenrechte und für ein friedliches Zusammenleben einsetzen. Stellvertretend für die Trägerin des Hessischen Friedenspreises 2018, Prof. Dr. Şebnem Korur Fincancı, erklärt sich der Landtag allen zu Unrecht inhaftierten Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft (Bildungswesen, Wissenschaft, Medien, Staatsdienst, Zivilgesellschaft etc.) solidarisch und appelliert an die türkische Regierung, faire, rechtsstaatliche und internationale Rechtsschutzstandards einhaltende Verfahren für die Betroffenen sicherzustellen. Zudem zeigt sich der Landtag besorgt über Fälle anhaltender Diskriminierung und exzessiver Gewaltanwendung gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen und Minderheiten in der Türkei, die von diversen Menschenrechtsorganisationen immer wieder beklagt werden.
3. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass sich die Republik Türkei zunehmend von der internationalen Staatengemeinschaft und den europäischen Grundwerten entfernt. Dies hat sich beispielhaft durch die Aussetzung der Europäischen Menschenrechtskonvention als Reaktion auf den gescheiterten Militärputsch im Juli 2016, den kürzlich erfolgten Austritt aus der Istanbul-Konvention im März 2021, das Handeln der Türkei im Bergkarabach-Konflikt sowie die Beschimpfungen Erdoğan gegen Österreich im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt deutlich gezeigt. Der Landtag erwartet von der Bundesregierung, dass sie auf die innen- und außenpolitischen Aggressionen der türkischen Regierung diplomatisch angemessene und politisch klare Antworten findet. Die Verteidigung von Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit sowie die Wahrung von Menschen- und Freiheitsrechten müssen hierbei oberste Priorität in den Beziehungen zur Türkei darstellen.
4. Der Landtag kritisiert die Absicht der Europäischen Kommission, über das Instrument IPA III bis 2027 weiterhin „Heranführungshilfen“ an die Türkei zu zahlen. Der Fakt, dass die Europäische Union Finanzhilfen in Milliardenhöhe an autoritäre, menschenrechtsverletzende Staaten zahlen wird, ist dazu geeignet, die Legitimität der Europäischen Union nachhaltig zu beschädigen. Dies gilt auch für die 647,7 Mio. € (2018) an bilateralen Netto-ODA-Leistungen, die Deutschland im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit an die Türkei gezahlt hat. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat und bilateral gegenüber der Europäischen Kommission dafür

einzusetzen, dass keine weiteren Zahlungen von „Heranführungshilfen“ an die Türkei erfolgen und die Entwicklungszusammenarbeit beendet wird.

5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat auf die endgültige Beendigung der Verhandlungen zum EU-Beitritt der Republik Türkei hinzuwirken.
6. Der Landtag stellt fest, dass die seit dem 21. Oktober 2010 bestehende Regionalpartnerschaft zwischen der Provinz Bursa (Republik Türkei) und dem Land Hessen nicht losgelöst von der allgemeinen Entwicklung der Türkei betrachtet werden kann. Die hessisch-türkischen Beziehungen werden in allen Bereichen durch die zunehmende Entdemokratisierung der Türkei belastet. Der Landtag fordert aus diesem Grund die Landesregierung auf, in sämtlichen künftigen Begegnungen mit der Partnerregion Bursa die verschlechterte Menschenrechtssituation, die Repression gegen Minderheiten sowie die Autokratisierung der Türkei konstruktiv anzusprechen und dabei den gezielten Dialog mit demokratischen Kräften zu pflegen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 15. Juni 2021

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe